

Niederschrift

über die Sitzung am Donnerstag, 26.01.2006
im Kreishaus Borken

Anwesend:

Vorsitz:

Landrat Gerd Wiesmann

Mitglieder:

Eckart Ballenthin	Stadtlohn	
Roman Cebaus	Stadtlohn	
Magdalene Garvert	Rhede	
Hermann Horstick	Gescher	
Hans Hund	Bocholt	
Irmgard Kerkhoff	Rhede	
Paul Lensing	Borken	
Elisabeth Lindenhahn	Raesfeld	
Uta Röhrmann	Bocholt	Vertretung für Hans Theo Peschkes
Rudolf-Josef Schmitz	Heek	
Ursula Schulte	Vreden	
Jens Steiner	Heek	Vertretung für Martin Schmitz
Wilhelm Stilkenbäumer	Reken	
Heinz-Josef Tönnes	Heiden	
Clemens Voß	Schöppingen	
Gabriele Wahle	Ahaus	
Gertrud Welper	Vreden	

Vertreter/innen der Verwaltung:

Kreisdirektor Werner Haßenkamp	
Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick	ab TOP 8
Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues	
Ltd. Kreisveterinärdirektor Dr. Albert Groeneveld	ab TOP 10
Wilfried Kersting	
Burkhard Venhues	
Kirsten Tenspolde	

Erledigung der Tagesordnung:

Landrat Gerd Wiesmann eröffnet um 17:05 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen.

Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

Landrat Gerd Wiesmann weist aufgrund des Antrags der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vom 06.12.2005 darauf hin, das Thema „Witterungsbedingte Stromausfälle im Kreis Borken“ werde wegen seiner Bedeutung im Kreistag behandelt.

A. Öffentlicher Teil

Punkt 1: Bestellung eines Schriftführers für den Kreistag und den Kreisausschuss
Vorlage: 0316/2005

Berichterstatter: Landrat Gerd Wiesmann

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Kreisamtmann Burkhard Venhues wird als Nachfolger für Kreisamtfrau Annette Deelmann zum Schriftführer für den Kreistag und den Kreisausschuss bestellt.

Punkt 2: Verabschiedung der Haushaltssatzung 2006
Vorlage: 0011/2006

Berichterstatter: Kreisdirektor Werner Haßenkamp

Landrat Gerd Wiesmann erläutert zur Anlage I zur Sitzungsvorlage – Änderungsliste zum Haushaltsentwurf 2006 -, der dort aufgeführte „Münsterland Giro“ sei ein neues UCI-Radrennen. Dieses solle das nicht mehr stattfindende Rennen Münster – Groningen ersetzen. Geplant sei, jährlich am 3. Oktober in einem der Münsterlandkreise zu starten, das Ziel solle immer Münster sein. Die Finanzierung in Höhe von 320.000 € werde durch Sponsoren, die Aktion Münsterland, die Stadt Münster und die Münsterlandkreise getragen. Auf den Kreis Borken kämen Kosten in Höhe von jährlich 10.000 € zu. Auf Anfrage der Kreistagsabgeordneten Lindenhahn antwortet Landrat Gerd Wiesmann, der Kreis Warendorf habe die Teilnahme am „Münsterland Giro“ bereits beschlossen, von den übrigen Kreisen lägen positive Rückmeldungen der Landräte vor.

Kreisdirektor Werner Haßenkamp berichtet, die nun vorliegende 1. Modellrechnung des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik NRW zur Veränderung der allgemeinen Finanzierungsmittel habe für den Kreis Borken eine Verschlechterung von 1,3 Mio. Euro gegenüber dem Haushaltsentwurf ergeben. Dieses Ergebnis sei jedoch noch vorläufig und könne sich bis zum Inkrafttreten des Landeshaushaltes noch verändern. Erst zu diesem Zeitpunkt sei realistisch abschätzbar, ob es Handlungsbedarf für den Kreishaushalt gebe.

Kreisausschussmitglied Horstick führt aus, über die Anträge 07-01, 07-02, 07-03 und 12-01 sei im Ausschuss für Verkehr und Bauwesen nicht abgestimmt worden, da man sich geeinigt habe, die Themen im Laufe des Jahres im Fachausschuss anzugehen.

Zum Antrag 06-02 (Installation eines Lotsen) bestätigt Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues auf Anfrage des Kreisausschussmitgliedes Steiner, die zusätzliche Aufgabe werde mit dem vorhandenen Personalbestand angegangen. Durch Aufgabenumverteilungen seien Veränderungen der Stellenwerte möglich, insgesamt sei aber nicht mit einem Mehraufwand zu rechnen.

Zum Antrag 11-01 stellt Landrat Gerd Wiesmann fest, aufgrund künftig fehlender Landesmittel könne Ziel des Antrags nur die Sicherstellung der künftigen Wahrnehmung der Aufgaben der Regionalstelle Frau und Wirtschaft, nicht aber die Erhaltung der Regionalstelle sein.

Alle Kreistagsfraktionen begrüßen im Grundsatz das in Antrag 11-04 (Einrichtung eines nicht rückholbaren Fonds für Beamtenpensionen) angesprochene Thema. Landrat Gerd Wiesmann stellt Einvernehmen fest, über den Antrag der FDP-Fraktion im Einzelnen im Kreistag am 02.02.2006 zu beraten.

Landrat Gerd Wiesmann lässt zunächst die Anträge der Fraktionen anhand der Liste der Änderungsanträge vom 24.01.2006 – Stand nach Abschluss der Fachausschussberatungen – (alle Abstimmungsergebnisse s. **Anlage 1** zur Niederschrift) und anschließend über den Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage 0011/2006 abstimmen.

Kreisausschussmitglied Voß erklärt, die UWG-Fraktion werde der Haushaltssatzung 2006 zustimmen. Er weise aber darauf hin, die UWG-Fraktion werde weiterhin das im Budget 12 aufgeführte Ziel „Sicherung des Schwerpunkt-Verkehrslandeplatzes Stadtlohn-Vreden und Entwicklung als Wirtschaftsimpuls für den Raum“ nicht mittragen.

Beschluss: 13 Ja-Stimmen
 5 Nein-Stimmen

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Die Haushaltssatzung 2006 mit ihren Anlagen wird in der Fassung des Haushaltsentwurfs vom 24.11.2005 unter Berücksichtigung

- der Änderungsliste,
- mehrheitlich befürworteter Änderungsanträge aus der Antragsliste,
- des Kataloges mit den Zielen und Maßnahmen 2006 und
- der Regelungen zur Bewirtschaftung der Budgets verabschiedet.

Die Festlegung der Sicherheitsstandards wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 3: Anpassung der Entgeltregelung der EGW für die Abfallentsorgung
Vorlage: 0004/2006

Berichterstatter: Landrat Gerd Wiesmann

Die Kreisausschussmitglieder Lindenhahn und Voß erkundigen sich nach den Ursachen für die starke Erhöhung der Entgelte für die unter Punkt 1.3 der Anlage zur Sitzungsvorlage genannten Abfallarten. Landrat Gerd Wiesmann sagt eine Beantwortung in der Sitzung des Kreistages am 02.02.2006 zu.

Beschluss: Ohne Beschluss

Punkt 4: Straßenbericht mit Straßenbauprogramm 2006 und Hochbauprogramm 2006
Vorlage: 0009/2006

Berichterstatter: Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues

Beschluss: einstimmig
1 Enthaltung

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:
Dem Straßenbericht 2006 sowie dem Hochbauprogramm 2006 wird zugestimmt.

Punkt 5: Übertragung der Zuständigkeit für den Erlass von Tierseuchenverordnungen auf den Landrat
Vorlage: 0317/2005

Berichterstatter: Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:
Die Zuständigkeit für den Erlass, die Änderung und die Aufhebung von Tierseuchenverordnungen des Kreises Borken als Kreisordnungsbehörde werden nach § 6 Satz 1 des Ausführungsgesetz zum Tierseuchengesetz auf den Landrat übertragen.

Punkt 6: Errichtung von neuen Bildungsgängen an den Berufskollegs des Kreises Borken zum Schuljahr 2006/07
Vorlage: 0300/2005

Berichterstatter: Kreisdirektor Werner Haßenkamp

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Vorbehaltlich der schulfachlichen Genehmigung werden

der Bildungsgang „dreijährige (Höhere) Berufsfachschule "Staatlich geprüfte/r gestaltungstechnische/r Assistent/in im Schwerpunkt Grafikdesign und Objekt-design" gem. APO-BK Anlage C 1, am Berufskolleg Bocholt-West, Bocholt,

der Aufbaubildungsgang „Bildung und Schulvorbereitung in Tageseinrichtungen für Kinder“ in Teilzeitform gem. APO-BK Anlage E am Berufskolleg Lise Meitner in Ahaus,

der Bildungsgang „Allgemeine Hochschulreife (Erziehungswissenschaften) mit dem fachlichen Schwerpunkt Erziehung und Soziales“ gem. APO-BK Anlage D 16, am Berufskolleg Borken

und der Bildungsgang „Fachschule für Sozialwesen, Fachrichtung Heilerziehungspflege“ in Teilzeitform gem. APO-BK Anlage E am Berufskolleg Lise Meitner in Ahaus zum Schuljahr 2006/07 errichtet.

Punkt 7: Künftige Förderung der Förderschulen für geistige Entwicklung in freier Trägerschaft (Haus Hall, Gescher; Wittekindshof, Gronau; Caritasverband, Bocholt)
Vorlage: 0303/2005

Berichterstatte: Kreisdirektor Werner Haßenkamp

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der Kreis Borken erstattet den freien Trägern der Förderschulen für geistige Entwicklung – Haus Hall, Gescher, Wittekindshof, Gronau, und Caritasverband, Bocholt –

1. die nach dem Schulgesetz NW anfallenden Eigenleistungen
2. die Kapitaldienste für den Schulbau und
3. einen Pauschalbetrag pro Schüler und Jahr für die nicht etatfähigen Kosten, der für
 - 2006 auf 200,- Euro
 - 2007 auf 300,- Euro
 - 2008 auf 400,- Euro und
 - ab 2009 auf 500,- Euro festgesetzt wird.

Punkt 8: Landschaftsplanung im Kreis Borken
Landschaftspläne "Velen" und "Rekener Berge"; Änderung des Geltungsbereichs
Vorlage: 0309/2005

Berichterstatte: Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

1. Der Geltungsbereich des Landschaftsplanes „Velen“ wird um die Grundstücke Gemarkung Groß Reken, Flur 14 tlw., 15 tlw. 16 tlw., 17, 18, 19, 20 und 21 tlw. verkleinert. Sie sind nicht mehr Bestandteil dieses Landschaftsplanes.
2. Der Geltungsbereich des zu ändernden Landschaftsplanes „Rekener Berge“ wird um die Grundstücke Gemarkung Groß Reken, Flur 14 tlw., 15 tlw. 16 tlw., 17, 18, 19, 20 und 21 tlw. erweitert. Diese sind nunmehr Bestandteil des LP „Rekener Berge“.
3. Die Beschlüsse werden gem. §§ 27 und 29 LG NW ortsüblich bekannt gemacht.

Punkt 9: Umbesetzung von Ausschüssen

- **Antrag der UWG-Fraktion vom 05.01.2006**
Vorlage: 0020/2006
 - **Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vom 18.01.2006**
Vorlage: 0037/2006
-

Berichterstatter: Fraktionsvorsitzender Clemens Voß
Fraktionsvorsitzende Gertrud Welper

Landrat Gerd Wiesmann stellt Einvernehmen fest, über den Antrag der UWG-Fraktion und den Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zur Umbesetzung von Ausschüssen zusammen abzustimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Antrag der UWG-Fraktion

Die UWG-Fraktion wird künftig im Ausschuss für Verkehr und Bauwesen vertreten durch:

Ordentliches Mitglied: Franz-Josef Lütkenhorst, Haldener Str. 18, 46395 Bocholt

Erster Stellvertreter: Heiko Fischer, von Humboldtstr.10, 48599 Gronau

Bisherige Regelung: Ordentliches Mitglied Heiko Fischer, erster Stellvertreter: Franz-Josef Lütkenhorst

Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNENAusschuss für Natur und Umweltschutz

Gertrud Welper, Vreden,
und Ralf Thiel, Reken, scheiden aus.

Neues Mitglied und Stellvertreter sind:
Bruno Hartling, Reken als Mitglied
Hermann Dreischenkemper, Reken als Stellvertreter
Jörg Kesselmann, Reken als Stellvertreter

Ausschuss für Verkehr und Bauwesen

Franz-Josef Rickers scheidet aus.

Neuer Stellvertreter ist
Dietmar Eisele, Ahaus

Punkt 10: Versuche mit genmanipuliertem Maisanbau
Antrag der UWG-Fraktion vom 17.01.2006
Vorlage: 0035/2006

Berichterstatter: Fraktionsvorsitzender Clemens Voß

Ltd. Kreisveterinärdirektor Dr. Albert Groeneveld erläutert, Landwirte, die eine von der EU zugelassene gentechnisch veränderte Maissorte anbauen wollten, müssten dies drei Monate vor der Aussaat beim Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit in Berlin anzeigen. Die betroffene Anbaufläche müsse im Standortregister gemeldet werden. Diese

Bedingungen seien im vorliegenden Fall erfüllt worden. Zuständige Behörde für die Überwachung des Anbaus im Kreis Borken sei das Staatliche Umweltamt Münster. Nach dortigen Angaben habe das Staatliche Umweltamt keine Möglichkeit den Anbau zu verhindern.

Landwirte, die Flächen in enger Nachbarschaft der angemeldeten Fläche bewirtschafteten, könnten sich jedoch beim Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit melden, wenn sie wissenschaftlich nachvollziehbar betroffen seien. Dann könne eine Interessenausgleichsverfahren mit dem Genmais anbauer eröffnet werden.

Einflussmöglichkeiten des Kreises Borken hätten zu keinem Zeitpunkt des Verfahrens bestanden, da es keine Zuständigkeiten des Kreises gebe.

Kreisausschussmitglied Voß zieht daraufhin den Antrag wegen fehlender Zuständigkeit des Kreises Borken zurück.

Beschluss: kein Beschluss

Punkt 11: Mitteilungen der Verwaltung

keine

Punkt 12: Anfragen

Punkt 12.1: Verfahren mit Anfragen der Fraktionen

Kreisausschussmitglied Lindenhahn bittet darum, künftig schriftliche Anfragen von Kreistagsmitgliedern nicht nur, wie in der Sitzung des Kreisausschusses am 22.09.2005 zugesagt, den Fraktionsvorsitzenden zur Kenntnis zu geben, sondern auch den übrigen Kreistagsmitgliedern zu senden.

Landrat Gerd Wiesmann sagt zu, alle schriftlichen Anfragen, die rechtzeitig zum Einladungsverband vorliegen, mit der Einladung zu versenden. Die später eingehenden Anfragen würden spätestens zur Kreistagsitzung als Tischvorlage ausgelegt.

Punkt 12.2: Flutopferhilfe in Südostasien - Sachstandsbericht

Auf Anfrage von Kreisausschussmitglied Welper sagt Landrat Gerd Wiesmann einen Bericht zum Thema Flutopferhilfe in Südostasien in der Sitzung des Kreistages am 02.02.2006 zu.

Punkt 12.3: Familienzentren im Kreis Borken

Auf Anfrage von Kreisausschussmitglied Schulte antwortet Kreisdirektor Werner Haßenkamp, nach dem Beschluss des Kreistages am 24.11.05 zur Bildung eines Familienzentrums sei ein entsprechender Antrag an das zuständige Ministerium gestellt worden. Inzwischen habe das Ministerium nähere Verfahrenshinweise gegeben. So seien auch freie Träger aufgefordert worden, bis zum 31.03.2006 Bewerbungen für die Einrichtung von Familienzentren abzugeben. Für das Auswahlverfahren zeichne das Land verantwortlich. Der Kreis Borken bemühe sich jedoch, Informationen von den Bewerbern aus seinem Zuständigkeitsbereich zu bekommen, um die Träger gegebenenfalls unterstützen zu können. Die Finanzierung sei durch den jeweiligen Träger sicherzustellen. Projektmittel des Landes flössen nur für spezielle Themen, nicht für den Betrieb der Familienzentren selbst.

Punkt 12.4: Verfahren bei Abschiebungen

Auf Anfrage von Kreisausschussmitglied Schulte zu einer derzeit in den Medien publizierten, anstehenden Abschiebung antwortet Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick, bei Abschiebungen habe der Kreis keinen eigenen Entscheidungsspielraum. Der angesprochene Einzelfall liege aktuell der Härtefallkommission vor. Die Innenministerkonferenz habe zum Thema Abschiebungen zwar beraten, sich jedoch nicht auf ein einheitliches Verfahren bei „Altfällen“ einigen können.

Die 1. stellvertretende Landrätin Wahle schließt die Sitzung um 19:55 Uhr.

gez.

Gerd Wiesmann

gez.

Kirsten Tenspolde